

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 59

Sept./Okt.1982

Preis: 80 Pfg.

Solidaritätspreis: 1,20 DM

PLEITEWELLE ROLLT - JETZT AUCH AEG

ENTLASST DIE BOSSE - NICHT DIE ARBEITER!

Demokratische Kontrolle durch Belegschaft, Gewerkschaft und Staat

"Der laute Knall" ... "Das Wirtschaftswunder ist vorbei" ... schrieben die Zeitungen im Ausland, als AEG den Vergleich anmeldete.

AEG ist die größte, aber nicht die einzige Firma, die in den letzten paar Jahren einging. 1981 war ein Rekordjahr für Konkurse seit der Gründung der Bundesrepublik - insgesamt 11.653. Und dieses Jahr?! Wenn der Trend des ersten Halbjahres anhält, werden es 16.000 Pleiten sein. Damit ist die Zahl der bankrotten Firmen in den letzten 3 Jahren um etwa 30% pro Jahr gestiegen. Die Strategen des Kapitalismus haben eine Erklärung: In einer Krise müssen die Schwachen gehen, damit die Starken überleben können. So kehren sie das Problem unter den Teppich. Die 305.784 Arbeiter, die 1981 ihren Arbeitsplatz verloren, kann man aber nicht so einfach wegfegen. Mit dem Zusammenbruch der AEG - und natürlich ihrer Zulieferfirmen - dürfte die Zahl dieses Jahr um 30-40% höher sein.

Die erste Forderung, für die wir kämpfen müssen, ist das Recht, die Bücher dieser Firmen einzusehen. Daß sie im kapitalistischen Sinne bankrott sind, bezweifelt niemand. Für uns stellt sich aber die Frage: Was haben sie mit dem Geld gemacht, das im Aufschwung erarbeitet wurde? Ist es ins Ausland abgeflossen oder in andere Geschäfte hineingesteckt worden, wo es bessere Profitraten gab? Haben die Arbeiter bei AEG, die ihr

ganzes Leben dort gearbeitet haben, etwa kein Recht, das zu erfahren? Es ist die Pflicht von DGB und SPD, den schwachen Ausreden der Kapitalisten entgegenzutreten. In den letzten Wochen haben wir viele "Erklärungen" gehört.

*Erstens: "Das Management ist schuld." Wegen sinkendem Lebensstandards und Arbeitslosigkeit schränken die Privathaushalte ihren Konsum ein. Gespart wird oft zuerst bei Anschaffungen. Das bekommen Hersteller von Konsumgütern, wie z.B. auch Bauknecht, zu spüren. Der Konkurrenzkampf zwischen den Branchenriesen ist härter geworden. AEG hatte nicht die modernen Maschinen der Konkurrenz und unterlag. Welches Management hätte diese Probleme lösen können? Vermutlich meinen sie, daß AEG



schon früher hätte rationalisieren und viel mehr Arbeiter entlassen müssen. Aber dann hätte eben Siemens dran glauben müssen.

*Zweitens: Die Löhne sind zu hoch. Aber seit gut 2 Jahren, verdienen die Industriearbeiter real weniger! Sie müssen doch auch die produzierten Konsumgüter kaufen können, oder?

*Drittens: "Strukturprobleme". Diesen Begriff werden wir in Zukunft wohl öfter hören. Er bedeutet einfach gesagt: "Krise des Kapitalismus". Das heißt, die Profite stimmen nicht mehr. Man steckt unverhältnismäßig mehr 'rein, als man 'rausholt.

Alle diese Argumente sind für Arbeiter uninteressant. Wichtig zu wissen ist, daß Kapitalismus für sie Arbeitslosigkeit heißt. Arbeiter, die in Firmen mit AEG-ähnlichen Schwierigkeiten beschäftigt sind, müssen auch mit AEG-ähnlichen Manövern rechnen; z.B. daß ein Vergleich angemeldet wird, um Druck auf die Gewerkschaft und die Regierung auszuüben, damit die "nötige" Sanierung erleichtert wird.

Wir in der Arbeiterbewegung sollten uns nicht an die Regeln des Kapitalismus gebunden fühlen - dieses System wurde nicht für uns geschaffen! Wenn ein Betrieb Arbeiter entlassen muß/

will, sollte er verstaatlicht werden. Das heißt aber nicht nur Geld reinpumpen, oder 51% der Aktien erwerben. Auch nicht nur den unprofitablen Teil übernehmen, sondern alles. Mit Vertretern der Belegschaft, Gewerkschaft, Verbraucher und Regierung könnte eine Betriebsleitung zusammengestellt werden.

Auch für die Arbeiter, die in "gesunden" Firmen beschäftigt sind, gibt es keine Sicherheit mehr. Die Firmen, die länger überleben wollen, müssen investieren, d.h. auch Menschen durch Maschinen ersetzen. Im Bürobereich zeichnen sich die Zukunftsaussichten deutlich ab. Bis 1990 sollen 60% der jetzigen Arbeitsplätze von Automaten übernommen werden. Das alles heißt: keine Lehrstellen mehr, Jugendliche ohne Zukunft und all die sozialen Probleme, die das mit sich bringt: Spaltung der Arbeiter zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, steigende Ausländerfeindlichkeit, fallender Lebensstandard.

Arbeitslosigkeit ist kein vorübergehendes Problem, sondern eine andauernde Krankheit. Wenn der Kapitalismus sich keine sicheren Arbeitsplätze leisten kann, können wir uns den Kapitalismus nicht leisten!

Stuart Garvie

Für eine sozialistische Energieplanung! ATOMKRAFT - NEIN DANKE!

Im Kapitalismus findet eine riesige Energieverschwendung statt. Trotz dieser Energievergeudung existieren gigantische Überkapazitäten bei den Stromerzeugern.

"Wir brauchen diese großen Kapazitäten, damit im Notfall immer eine Reserve zur Verfügung steht," behaupten die Elektrizitätsversorgungs-Unternehmen (EVU). Was sind die Tatsachen?

Tatsache Nr. 1: In den letzten Jahren waren die öffentlichen Kapazitäten zur Stromerzeugung im Jahresdurchschnitt nur zu ca. 50% ausgelastet (natürlich schwankt der Stromverbrauch je nach Jahres- und Tageszeit.).

Tatsache Nr. 2: In den letzten Jahren waren die öffentlichen Stromerzeugungskapazitäten

zum Zeitpunkt des Spitzenverbrauchs (das ist meistens am kältesten Wintertag des Jahres, morgens zwischen 8 und 9 Uhr) nur zu ca. 66% ausgelastet (Quellen: Jahresberichte des Referats Elektrizitätswirtschaft im Bundesministerium für Wirtschaft).

FORTSETZUNG LETZTE SEITE

KOALITION KÜNDIGEN! Schluss mit Kürzungen

Die SPD/FDP-Koalition ist am Ende. Ob der Patient nun an der "Operation '83" stirbt oder ob er sich noch ins nächste Jahr schleppt - die Tage dieser Bundesregierung sind gezählt.

Eine Wahlniederlage der Bonner Koalitionsparteien in Hessen könnte auch der Bonner Regierung den Todesstoß versetzen. Die FDP wird in diesem Fall den lange vorbereiteten Wechsel zur CDU auch auf Bundesebene vollziehen.

Es nützt dann in Bonn ebensowenig wie in Hessen, über die "Treulosigkeit" der FDP zu jammern.

Die SPD muß mit dieser Koalition der Kürzungen endlich Schluß machen. Das Maß der Unverfrorenheiten seitens der Genscher, -Lambsdorff und Co. ist längst voll.

Allerdings sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, daß ohne die FDP alles besser läuft. Erst kürzlich bekannte SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz in einem Interview, daß man auch ohne die FDP Kürzungen im Sozialbereich vorgenommen hätte.

Deshalb ist es nicht damit getan, nur die Koalition zu kündigen. Die SPD muß sich auch zu einer neuen Politik durchringen: Für Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, für ein massives staatliches Ausgabenprogramm zur Beseitigung von Wohnungsnot, Lehrerarbeitslosigkeit und anderen Mißständen. Die letzten Jahre haben uns jedoch gezeigt, daß eine solche Politik auf kapitalistischer Grundlage nicht möglich ist.

FORTSETZUNG
S. 3

ARTIKEL ÜBER

AEG
Israel
Bauknecht
Portugal
Koalition
Jagd auf
Linke

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Überregionale marxistische Zeitung
für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.
Erscheint seit Dezember 1973.

Abonnementspreis: 7,-DM für sechs Ausgaben
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75, 5630 Remscheid
Telefon: 0 21 91 / 8 12 64
Bankverbindung: PschA Essen, H.G. Öfing, Konto Nr. 170 20 - 433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfing
Druck: Koch, 5630 Remscheid

briefe

LESER

briefe

LESER

FASCHISTEN-TREFF VERHINDERT

Durch Zufall erhielt ein Genosse ein Flugblatt des "Deutschen Bürgerschutzes" (DBS), der anscheinend die Funktion hat, die Ausländerfeindlichkeit anzuheizen und so die Basis für eine breitere "Ausländer-Stop"-Liste zu schaffen. In dem Flugblatt wurden nicht nur alte Vorurteile geschürt, sondern auch neue aufgebaut, (z.B., daß deutsche Bürger in der Bundesrepublik benachteiligt wären und daß viele Gastarbeiter aus außereuropäischen Ländern durch Ostberlin eingeschleust würden). Da das Treffen bereits am darauffolgenden Tag stattfinden sollte, benachrichtigten wir die Organisationen, die auch bei der Aktion gegen die neo-faschistische "Wiking-Jugend" mitgewirkt hatten. Bei dem Treffen dieser Organisationen mit uns, erfuhren wir, daß einige linke Anwälte das Treffen nach unserer Benachrichtigung bereits bürokratisch verhindert hatten.

Am Veranstaltungstag kamen dennoch 500 antifaschistisch gesinnte Ausländer und Deutsche um zu verhindern, daß die DBS-Faschisten eventuelle Interessenten zu einem anderen Ort einladen. Obwohl die DBSler sich nicht öffentlich zeigten, aber es ist zu vermuten, daß einige von ihnen als unauffällige Beobachter anwesend waren. Es tauchten auch einige Personen auf, die mit Kameras die Demonstration filmten und später mit Autos, die allesamt Kennzeichen aus verschiedenen Städten hatten, zuerst in sicheren Abständen und dann in verschiedenen Richtungen wegfuhr.

Ob wir nun wirklich das Anti-Ausländertreffen verhindert haben, ist ungewiß. Aber zumindest haben wir verhindert, daß persönliche Kontakte zwischen Bürgern und Faschisten entstehen. Wir haben also den Anheizern und Ausnützern der Ausländerfeindlichkeit ins Handwerk gepfuscht. Das ist zwar wichtig, aber es ist unerlässlich, derartigen Gruppen den Boden zu entziehen. Unsere Aufgabe als marxistische Strömung in den Massenorganisationen der Arbeiter (also SPD und DGB) ist es, die Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen. Wir müssen aufzeigen, daß die Herrschenden immer die Profitierenden sind, wenn sich die Lohnabhängigen gegenseitig bekämpfen, und daß soziale Ungerechtigkeit nicht auf Rassen-, sondern auf Klassenunterschieden beruht.

Rainer S., SJD-Falken

"NUR WEITER SO!"

Liebe Genoss(inn)en!

Ich übersende Euch beiliegend Sh 100,- (rund 13 DM) für ein Jahresabonnement von VORAN. (...) Abschließend noch ein Kompliment: Wir halten VORAN für eine ausgezeichnete Zeitung. Das Öko-Interview mit Marx und Engels ist ebenso lustig wie politisch brisant, die Betriebsberichte bezeugen erfreuliche Basisnähe! Nur weiter so!

Mit roten Grüßen
Robert Eiter
Vorstandsmitglied der Sozialistischen Jugend
Wels, Österreich

VORAN-SEMINAR

VORAN betrachtet Euch nicht nur als Leser, sondern auch als Mitarbeiter. Wir wollen nicht einfach vom grünen Tisch aus Artikel schreiben - sondern die gesammelten Erfahrungen von Aktiven wiedergeben. Darum sind Diskussionsveranstaltungen wichtig, bei denen aktuelle und theoretische Themen besprochen werden können. Wir laden daher alle Interessenten zu einem bundesweiten Seminar am

18./19. September in Hürth bei Köln ein. Die Themen werden sein:
*S ü d a f r i k a (Wir erwarten dazu einen südafrikanischen Gewerkschaftsvertreter.)
*K ü r z u n g e n (Firmenpleiten und kein Ende. Welche Auswirkungen hat die hohe Arbeitslosigkeit auf Dauer? Wie können wir uns erfolgreich gegen Kürzungen wehren?)
*R e f o r m o d e r R e v o l u t i o n ? Welcher Weg zum Sozialismus.
Anmeldungen umgehend an die Redaktion (siehe Impressum oben)

Forum

Liebe Voran-Redaktion,

ich habe vor kurzer Zeit Eure Broschüre "Jugend für Sozialismus" gelesen. (...)

Ihr schreibt: "Die kapitalistische Gesellschaft ist in eine Sackgasse geraten." Schon 1848 kündigten Marx und Engels im Manifest der Kommunistischen Partei den baldigen Untergang des kapitalistischen Systems an. Aber bis heute existiert er. - Warum?

Weil die Gegner des Kapitalismus den Fehler machen, ihn statisch zu sehen, während er für Kritiker und Analytiker einen fortschreitenden Prozeß darstellt, also dynamisch ist. (...) Vielmehr bezieht sich diese Dynamik auf die historischen Realitäten, die beweisen, daß der Kapitalismus zu Kurskorrekturen zu Gunsten der Allgemeinheit fähig ist. Auch wenn diese Kurskorrekturen oft genug erkämpft werden mußten, so be-

"...ZU LASTEN DER ARBEITER"

Lieber Michael,

wir danken Dir für Deinen Leserbrief. Leider mußte er aus Platzmangel gekürzt werden.

Zu Deinen Fragen: Karl Marx ist nie vom automatischen Untergang des Kapitalismus ausgegangen. Im Manifest der Kommunistischen Partei weist er daraufhin, daß zum Sturz des Kapitalismus eine starke, bewußt handelnde Arbeiterklasse notwendig ist. Möglichkeiten zur sozialistischen Umwälzung hat es in der Geschichte mehrmals gegeben. So z.B. die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland. Der Kapitalismus war am Ende, die Arbeiterklasse hatte klar erkannt, daß eine sozialistische Veränderung notwendig war. Weil führende Sozialdemokraten wie Ebert, Noske, Scheidemann sich mit der herrschenden Klasse verbündeten, konnte der Kapitalismus nochmal gerettet werden. Die Arbeiterklasse in Rußland hatte eine revolutionäre, marxistische Führung in den Bolschewiki. Nur deshalb konnte dem russischen Kapitalismus der Todesstoß versetzt werden - ungeachtet der stalinistischen Entartung.

Wie steht es mit der "Anpassungsfähigkeit" des Kapitalis-

"Kapitalismus zu Korrekturen fähig"

weisen sie doch die Wandelbarkeit dieses Systems. (...)

Ihr sagt, daß die sowjetische Planwirtschaft trotz Bürokratismus überlegen ist. (...) Ihr verschweigt oder überseht dadurch, daß der Sozialismus sich der kapitalistischen Systemkonkurrenz gebeugt hat und so in den Ländern des Sozialismus bzw. des Kommunismus ein gravierender Widerspruch besteht zwischen offizieller ausbeutungsfördernder Ideologie und Wachstumsraten bzw. Wachstumseffizienz, die sich am kapitalistischen Maßstab orientieren. Anders ausgedrückt sagt Ihr nicht, daß in sozialistischen Ländern mit Planwirtschaft die gleiche, wenn nicht sogar noch schlimmere, Leistungsorientierung, Konsumansprüche und Konsumbürgermentalität vorherrschen als im

Kapitalismus. (...)

Eure Forderung läuft auf ein Modell zur direkten Investitionslenkung hinaus. Dabei heißt bei Euch Vergesellschaftung nicht Verstaatlichung, sondern "Verfügungsgewalt über das Produktivvermögen durch Räte." Dazu ein Zitat: "(...) Die schon aus Gründen des Zeitbedarfs zu befürchtende Produktionsunfähigkeit eines solchen Systems in der Praxis führt dazu, daß sich die Entscheidungsgremien auf höherer Ebene verselbständigen. Statt einer demokratischen Lösung würde eine bürokratische Organisation des Wirtschaftsablaufes mit zunehmender Verlagerung der Entscheidungsbefugnis auf zentrale Instanzen entstehen."

Trotz notwendiger und teilweise harter Kritik verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Michael Mahlke, Jusos Remscheid

mus"? Nach dem II. Weltkrieg waren Reformen und Verbesserungen des Lebensstandards aufgrund des Aufschwungs möglich. Der II. Weltkrieg war so zerstörerisch, daß es danach nur bergauf gehen konnte.

Die "Kurskorrekturen" des Kapitalismus bestehen in Krisen und Kriegen, die allesamt auf dem Rücken der Arbeiter ausgegossen werden - das beweist schon allein die deutsche Geschichte!

Um den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung zu sichern und auszubauen, ist eine demokratisch kontrollierte Planwirtschaft nötig, die sich nicht am Profitstreben einer kleinen Minderheit, sondern am Bedarf der Bevölkerung orientiert. Selbst die UdSSR, deren Bürokratie die wirtschaftliche Entwicklung bremst, konnte nur auf der Grundlage einer Planwirtschaft vom wirtschaftlich schwächsten, noch halb feudalen kapitalistischen Staat zur zweitgrößten Industriemacht gelangen. Kein kapitalistisches Land war dazu in dieser kurzen Zeitspanne in der Lage!

Wir bieten kein "Modell zur direkten Investitionslenkung" an, sondern fordern eine zentral ge-

plante Wirtschaft, die durch Arbeiterräte demokratisch kontrolliert werden muß. Das Rätemodell entspringt nicht den Köpfen irgendwelcher wirklichkeitsfremder Theoretiker, sondern es wurde im praktischen Kampf der Arbeiter entwickelt.

Immer, wenn sie die Macht in ihren Händen hielten, wie die Pariser Kommune 1871, die Bolschewiki 1917, die Arbeiter 1918 in Deutschland, wählten sie spontan Räte als ihre Vertretungskörperschaften.

Die Räte sind nicht etwa an Unvermögen gescheitert, sondern sie mußten entweder mit brutaler Polizei- und Militärgewalt zerschlagen werden - wie 1919 in Deutschland - oder wie in der Sowjetunion durch Stalin gleichgeschaltet und auf kaltem Wege vernichtet werden. Das letztere war auch nur möglich, weil die russische Arbeiterklasse relativ schwach war. Heute aber macht sie in den Industrieländern den größten Teil der Bevölkerung aus. Sie ist stark genug, um sich die eigenen Errungenschaften nicht mehr wegnehmen zu lassen. Dies gilt auf wirtschaftlichem genauso wie auf politischem Gebiet.

Iris Cirkel, Jusos Remscheid

Kampffonds

SPENDENKONTO:
Angela Bankert,
PschA. Essen
2422 90-432

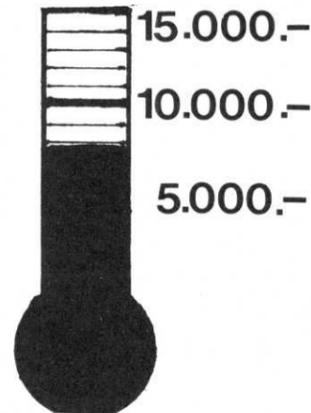
WIR BRAUCHEN MEHR!

Auch in den letzten Wochen haben uns wieder viele große und kleine Spenden erreicht. Doch hat die Sommerpause schon ihre Spuren hinterlassen. Wir brauchen mehr, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen.

Eine Spende möchten wir besonders hervorheben. Aus Anlaß ihrer Eheschließung haben die Genossen Stuart und Fiz Garvie aus Köln einen Arbeitgeberzuschuß erhalten, von dem sie 500,- DM an VORAN spendeten! Solche Eheschließungen loben wir uns. ... Aber bevor ihr jetzt alle zum Standesamt rennt, erkundigt euch bitte erst, ob euch auch so ein Arbeitgeberzuschuß zusteht.

"Krisensommer '82" schrieb der "Spiegel" in einer seiner letzten Ausgaben und zählte auf: "AEG, Bauknecht, Dual, Kreidler, Wienerwald." Man könnte noch einiges mehr hinzufügen: in der Stahlbranche kriselt es schon seit langem. Hoesch will kein Stahlwerk in Dortmund bauen. Die Bauindustrie liegt fast brach. Die Textilindustrie hat seit längerer Zeit Probleme. Die Werftindustrie ist arg geschrumpft.

Umso wichtiger ist in solchen Zeiten eine Zeitung, die versucht, grundlegende Antworten zu geben. Die die Ursachen beim Namen nennt. Die über den Kampf gegen Betriebsschlie-



ßungen berichtet und ihn unterstützt. Die Erfahrungen aus der internationalen Arbeiterbewegung einbringt.

Weil wir uns den Kapitalismus nicht mehr leisten können - sollten wir uns eine Spende für VORAN leisten!

Fortsetzung von Seite 1

KOALITION KÜNDIGEN!

Reformen auf sozialistischer Grundlage

Angela Bankert

Genau mit dieser Vorstellung, man könne den Kapitalismus durch Reformen menschlichen und verbessern, war die sozialliberale Koalition 1969 angetreten. Innere Reformen und "Mehr Demokratie wagen" hatte Willy Brandt verkündet. Und tatsächlich konnten in den ersten Jahren eine Reihe von sozialen Verbesserungen erreicht werden...

Auch das Wahlprogramm von 1972 enthielt Reformversprechen. Solange der Kapitalismus floriert, konnten Reformen noch finanziert werden. Doch 1974 bahnte sich die Wende an: mit den ersten tiefen Rezessionen seit dem Krieg. Die Arbeitslosigkeit schnellte auf 1 Mio. hoch. Nun versuchte die Regierung es mit demselben Rezept, mit dem man der Krise 1967/68 zu Leibe gerückt war: dem "Keynesianismus", d.h. der konjunkturellen Gegensteuerung.

Diese Ankerbelastungspolitik funktionierte 1967/68 deshalb, weil es sich in erster Linie um ein konjunkturelles Tief handelte, das zudem nicht international in allen Ländern auftrat.

Die Äußerung Helmut Schmidts, er nähme "lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit" in Kauf, war Ausdruck des Glaubens an den Keynesianismus:

lieber die Wirtschaft ankurbeln und dadurch die Inflation etwas anheizen, als ein Tief mit hoher Arbeitslosigkeit hinzunehmen.

Doch die Tatsache, daß wir bald darauf 5% Arbeitslosigkeit und Inflation hatten, macht deutlich, daß es sich eben nicht um ein (im Kapitalismus) "normales" konjunkturelles Tief handelte. Es war vielmehr eine tiefgreifende, international gleichzeitig auftretende Krise, die das Ende des Nachkriegsaufschwungs markierte. Der Ausnahmezustand des 30jährigen Wirtschaftswunders war auch in der BRD vorbei (weltweit, z.B. in der III. Welt hatte es ohnehin nie sattgefunden). Der Kapitalismus zeigte seitdem wieder sein übliches, sein häßliches Gesicht: Massenarbeitslosigkeit, Inflation, sinkender Lebensstandard, Angriffe auf soziale und politische Errungenschaften, verschärfte internationale Konflikte.

Auch die andere bürgerliche Wirtschaftsschule, der "Monetarismus" wie ihn Thatcher und Reagan zu praktizieren versuchen, hat keinen Ausweg aus der Krise gebracht. Im Gegenteil: noch höhere Arbeitslosigkeit, noch mehr Pleiten, noch größere Verarmung großer Teile der Bevölkerung sind die Folge dieser Politik, die vor allem darauf ab-



zielt, die Arbeiter zu demoralisieren und ihre Kampfkraft zu schwächen.

Die sozialliberale Koalition versucht seit geraumer Zeit, einen Mittelweg zwischen beiden wirtschaftspolitischen Strategien einzuschlagen.

Doch alle Manöver, alle Ratschläge bürgerlicher Professoren werden nichts nützen. Sie alle versuchen, die Probleme im Rahmen des kapitalistischen Systems zu lösen. Das kann nicht funktionieren, weil die Krisen im Kapitalismus selbst begründet sind.

Deshalb kann das Übel nur mit der Wurzel beseitigt werden.

Die 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen müssen in Gemeineigentum überführt und demokratisch verwaltet werden. Nur dies kann die Grundlage für die Aufstellung eines gesellschaftlich erarbeiteten Wirtschaftsplanes sein, der eine harmonische Wirtschaftsentwicklung entsprechend den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung ermöglicht. Eine solche Planwirtschaft muß jedoch (das zeigen die negativen Beispiele in Osteuropa) einer strengen demokratischen Kontrolle unterliegen. Z.B. müssen alle politischen Vertreter wähl- und jederzeit wieder abwählbar

HAUSHALT '83

Prognose der Bundesregierung zum Wirtschaftswachstum 1983:

- *Bruttosozialprodukt (real) 3%
- *Durchschnittliche Arbeitslosigkeit 1,8 Mio.
- *Nettokreditaufnahme 28,5 Mrd. DM

Die neueren Vorausschätzungen für das diesjährige Wirtschaftswachstum pendeln sich auf 0,5% ein; die durchschnittliche Arbeitslosigkeit hat schon für den Zeitraum Januar bis Juli den Wert 1,77 Mio. erreicht - und zum Winter hin wird diese Zahl noch um einiges in die Höhe gedrückt werden.

Das angenommene Wirtschaftswachstum von 3% setzt voraus, daß die Konjunktur sozusagen kurz davor ist, "anzuspringen"... Wenn es nach den "Experten" gegangen wäre, hätte es schon im letzten Jahr einen Aufschwung geben müssen! Zur Zeit aber stagnieren Produktion, Nachfrage und Investitionen nach wie vor träge vor sich hin - von Aufschwung keine Spur.

Ist die Wachstumsprognose für 1983 reichlich optimistisch, so ist die angenommene durchschnittliche Arbeitslosenzahl völlig unrealistisch. Die Zahl von 1,8 Mio. wird schon in diesem Jahr über-

sritten werden, und 1983 wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt sicher noch zuspitzen.

Allein der jährliche Produktivitätszuwachs (verbesserte Produktionstechnik, höhere Qualifikation der Beschäftigten) sorgt dafür, daß mindestens 3% mehr produziert werden könnten - ohne daß unter dem Strich auch nur ein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen würde. Angesichts starker Jahrgänge von Berufsanfängern würde noch nicht einmal ein Wachstum von 3 bis 4% ausreichen, um ein weiteres Ansteigen der durchschnittlichen Arbeitslosenzahl zu verhindern. Die jüngsten Prognosen für 1983 belaufen sich dann auch auf ca. 2 Mio. Arbeitslose im Jahresdurchschnitt.

Die dem Haushaltsentwurf 1983 zugrunde liegenden Annahmen über Wachstum und Arbeitslosigkeit sind auf Sand gebaut und werden schon bald korrigiert werden müssen. Die Steuereinnahmen des Bundes werden dementsprechend geringer, die Ausgaben wesentlich höher als erwartet ausfallen. Dadurch werden neue Löcher in Milliardenhöhe im Haushalt aufgerissen werden.

Joachim Heuck
SPD-Mitglied Hamburg

sein; ihr Einkommen darf nicht höher als das ihrer Wähler sein. So könnte verhindert werden, daß eine bürokratische, privilegierte Schicht die politische Macht an sich reißt, was neben der politischen Unterdrückung auch unweigerlich wirtschaftliche Folgen wie Korruption,

Fehlplanung, Mißwirtschaft nach sich zieht.

Ein Programm der Reformen auf der Grundlage einer demokratisch gelenkten Wirtschaft - nur das ist eine Alternative zu den bürgerlichen "Lösungsvorschlägen" von FDP und CDU/CSU!

EINSPARUNGEN ALLES ANDERE ALS AUSGEWOGEN

Folgende Sparbeschlüsse hat die Bundesregierung im Rahmen der Haushaltsberatungen '83 gefaßt:

*Die Beitragsgrundlage für die Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an die Renten- und Krankenversicherung der Arbeitslosen- und Unterhaltsgeldempfänger wird auf 70% (bisher 100%) des letzten Bruttoarbeitslohns festgelegt. Im Klartext heißt das: wer heute arbeitslos ist, wird später eine niedrigere Rente erhalten. Außerdem führt diese Regelung dazu, daß die Einnahmen der Rentenversicherungsanstalten direkt von der Höhe der Arbeitslosenquote abhängig werden.

*Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, der schon bei der "Operation '82" von 3% auf 3,5% und in einem Nachtrag um weitere 0,5% auf 4% erhöht wurde, wird nach dem Haushaltsentwurf '83 von 4% auf 4,5% hinaufgesetzt. Wenig verdienende Beamte in unteren Laufbahnen, die nicht rentenversicherungspflichtig sind, werden durch eine geringere Berücksichtigung ihrer Vorsorgeaufwendungen, d.h. über höhere Steuern, ebenfalls zur Kasse gebeten.

*13,2 Mio. Rentner müssen sich ab 1983, und nicht wie ursprünglich geplant, ab 1984, mit 1% an der Krankenversicherung beteiligen. Jährlich soll die Eigenbeteiligung um ein weiteres Prozent erhöht werden.

*direkte Beteiligung der Versicherten bei Krankenhausaufenthalten während der ersten 7 Tage mit 5,00 DM pro Tag;
*direkte Beteiligung der Versicherten bei Kuraufenthalten von 10,00 DM pro

ausgefallen. Durch die Neuregelung büßt ein Ehepaar mit Alleinverdiener, das ein zu versteuerndes Einkommen von 114.000 DM hat, 2000 DM im Jahr ein.

Dies sind die bisher gefaßten Beschlüsse. Hält man sich jedoch vor Augen, daß der Haushalt '82' erst Anfang Dezember 1981 endgültig verabschiedet wurde, dürfte auch für den Haushalt '83 noch mit einigen Änderungen zu rechnen sein.

Betrachtet man die Verteilung der Bundesmittel im Einzelnen, wird deutlich, daß auch indirekt die Finanzierung des Haushaltsetats auf uns abgewälzt wird:

*Beim Post- und Fernmeldewesen schrumpft der Etat um 24,7%, d.h., von 16,2 Mrd. auf 12,2 Mrd. Die neu bescherte Gebührenerhöhung, seit 1. Juli '82 in Kraft, ist wohl ein Beitrag um diese Etat Kürzungen auszugleichen.

*Beim Bundesbauministerium wird der Etat um 7,6% von 5 Mrd. auf 4,6 Mrd. gekürzt.

Das bedeutet, trotz Wohnungsnot stehen weniger Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.
*Die Bundesleistungen für

die Bundesbahn erhöhen sich lediglich um 0,3%.

Tatsächlich bedeutet dies eine Kürzung. Die Bahnfahrten werden dabei sicher auch nicht billiger.

Gleichzeitig erfahren folgende Bereiche überdurchschnittliche Erhöhungen:

*Die Verteidigungsausgaben sollen um 4,1% von 44,2 Mrd. auf 46 Mrd. DM angehoben werden.

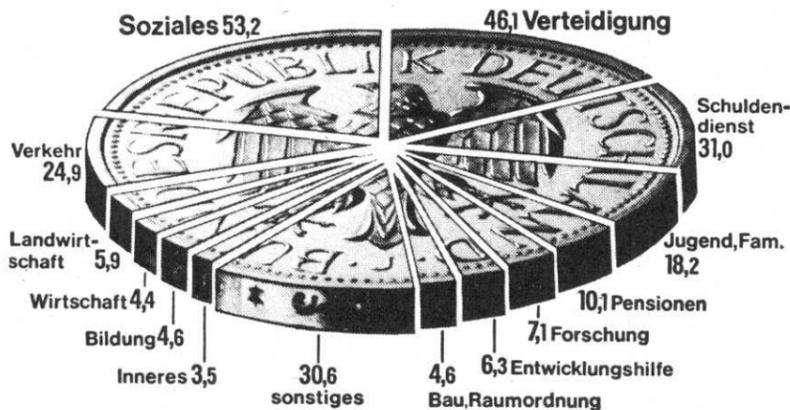
*Die Ausgaben für Wissenschaft und Entwicklung um 7,3% von 6,57 Mrd. auf 7,06 Mrd. DM

Die 7,3%ige Erhöhung des Forschungsetats dient nicht etwa der Erforschung alternativer Energiekonzepte, sondern ganz klar dazu, das Atomprogramm durchzuziehen und das 2-Milliarden-Loch beim Schnellen Brüter und Hochtemperaturreaktor zu stopfen. Weitere Mittel fließen in die Rationalisierungsforschung, welche in Zusammenarbeit mit der Elektronikindustrie vorangetrieben wird.

Fazit ist, die Einsparungen zu Lasten der Arbeitslosen, Rentner und Sozialhilfeempfänger kommen der Rüstungsindustrie und den Rationalisierungen zu Gute.

Beate Eisert, Kiel

Bundshaushalt 1983
Gesamtausgaben 250,5 Milliarden DM (Entwurf)



Gesundheitswesen:
*die Rezeptgebühr wird von 1,50 DM auf 2,00 DM angehoben;
*sogenannte "Bagatell-Medikamente" (Reisetabletten, Abführmittel usw.) sind nicht mehr auf Krankenschein erhältlich;

Tag. Bei einer vierwöchigen Kur macht das 280,00 DM Eigenbeteiligung!
Gegenüber diesen Kürzungen des Sozialhaushaltes, ist die neu festgelegte höhere Besteuerung von Ehepaaren mit einem Jahreseinkommen über 86.722 DM eher gering



Die israelische Invasion im Libanon und der seit zwei Jahren andauernde Krieg zwischen dem Irak und Iran zeigen wieder einmal die explosive und verzweifelte Lage an, in der die ganze Nahost-Region steckt. Während die Nachkriegsgeneration der westeuropäischen Arbeiter und Jugendliche aus eigener Erfahrung nichts anderes als "Frieden" gekannt hat, litten in den letzten Jahrzehnten die Arbeiter und Bauern im Nahen Osten unter einer endlosen Folge von Kriegen und Bürgerkriegen. Da aber auch die jüngsten kriegerischen Handlungen die Probleme ebensowenig lösen können wie die diplomatischen "Bemühungen" seitens des Westens und der UNO, müssen wir die Ursachen des Konflikts erforschen.

Der britische Imperialismus hat das "Palästinenserproblem" nach dem alten Grundsatz "Teile und herrsche" geschaffen, ähnlich wie auch in Nordirland, Zypern, Indien und Pakistan. Er hat dadurch die politische Situation in all diesen Gebieten auf Jahrzehnte hinaus vergiftet. Denn vor dem 1. Weltkrieg gab es so gut wie keine Rassenkonflikte zwischen den paar Tausend Juden und Arabern, die zu der Zeit in Palästina zusammenlebten. Damals war der arabische Raum noch vom türkischen Osmanischen Reich beherrscht. Nach dem Niedergang dieses Reiches teilten die Siegermächte des 1. Weltkrieges, Frankreich und England, den Nahen Osten unter sich auf. Außerdem förderten die Engländer bewußt die Einwanderung von jüdischen Siedlern

Es muß hervorgehoben werden, daß die zionistische Bewegung unter den Juden zur damaligen Zeit wenig Anhänger hatte. Die meisten von ihnen wollten nicht in das ihnen völlig fremde "gelobte Land" "zurück"kehren, sondern wollten dort bleiben, wo sie wohnten. Viele von ihnen spielten in der Arbeiterbewegung eine zentrale Rolle: Marx, Lasalle, Rosa Luxemburg, Trotzki, Sinowjew...

Der Traum von der "Rückkehr" nach Palästina wäre auch nur eine Fußnote in den Geschichtsbüchern wert gewesen, wenn nicht in den 20er und 30er Jahren das Versagen der westeuropäischen Arbeiterführer den Faschisten in wichtigen Ländern zur Macht verholfen hätte. Hitlers Sieg in Deutschland 1933 ließ Europa wieder zur Barbarei des Mittelalters zurückkehren. Der 2. Weltkrieg und die Ausrottung von sechs Millionen Juden in den Konzentrationslagern waren die Folgen.

Jüdische Einwanderung

So setzte in den 30er Jahren erstmals eine größere Wanderungsbewegung nach Palästina ein. Diese schürte unter der arabischen Bevölkerung die Furcht, vom eigenen Land verdrängt zu werden.

Die Engländer versuchten zunächst - aus Angst vor revolutionären Erschütterungen unter den Arabern - die jüdische Einwanderungswelle zu stoppen. Dies provozierte jüdische Terroranschläge.

Terrorist Begin

Einer dieser Terroristen war der heutige Ministerpräsident und "Spezialist für die Terrorbekämpfung", Begin.

Unter dem Druck des US-Imperialismus und eines Teils der damals regierenden Labour Party konnte London jedoch den Widerstand gegen die jüdische Einwanderung nicht aufrechterhalten. Übrigens unterstützte auch Moskau die Schaffung des Staates Israel.

Willkürliche Staatsgründung

Entgegen den Erwartungen der britischen Imperialisten scheiterten alle Versuche der angrenzenden arabischen Staaten, Israel zu zerstören. Die israelische Armee konnte sich gegen diese feudalen, reaktionären und korrupten Regimes durchsetzen. Nach den ersten militärischen Siegen begingen israelische Terrorgruppen Greuel und Massaker mit dem Ziel, die Palästinenser zu vertreiben.

Vor dem 1. Weltkrieg hatte es unter den Arabern so gut wie keinen Anti-Semitismus gegeben (Araber und Juden gehören derselben Rasse an).

Nach dem 2. Weltkrieg konnte die herrschende Klasse in den arabischen Ländern die Juden zum Sündenbock für alles Böse machen. Die noch in den arabischen Ländern lebenden Juden erlebten brutale Unterdrückungsmaßnahmen und strömten nach Israel, wo sie heute den am schärfsten anti-arabisch eingestellten Teil der Bevölkerung stellen.

Gerade die arabischen Juden, 50% der Gesamtbevölkerung,

sind durch ihre Erfahrung heute die Massenbasis für die reaktionäre Politik der fanatischen Zionisten unter ihrem Kopf Begin geworden.

Massive US-Hilfe

Der Staat Israel wäre ohne die Unterstützung durch den US-Imperialismus nie lebensfähig gewesen. Mit massiver amerikanischer Militärhilfe auf hohem technischen Niveau und der Rekrutierung fast der ganzen Bevölkerung haben es die Israelis geschafft, die arabischen Armeen in vier Kriegen zu schlagen. (Nach Schätzungen von internationalen Militärexperten



PLO-Diplomat Yassir Arafat



Ex(?) - Terrorist Menachem Begin

hat Israel die viertstärkste Armee der Welt).

Trotzdem fühlen sie sich nicht sicher. Durch die israelischen Militärsiege an die Wand gedrückt, drohen die arabischen Führer immer wieder damit, die "Juden ins Meer zu werfen". Terroranschläge auf israelischem Boden, die meistens Zivilisten, Frauen, Alte und Kinder treffen, sind Wasser auf die Mühlen der reaktionären Zionisten, der Begin & Co. Denn bisher haben sie es immer mit der Angst vor einer neuen "Endlösung der Judenfrage" geschafft, das israelische Staatsgebilde zusammenzuhalten.

Angst vor Feindbild

Die Angst vor dem "äußeren

Feind" hat so die israelischen Arbeiter schon oft vom entschlossenen Kampf gegen die israelischen Kapitalisten abgelenkt und eine Polarisierung der Gesellschaft auf Klassenbasis verhindert. Gleichzeitig dürfen wir aber auch nicht vergessen, daß Israel neben Ägypten der wichtigste Industriestaat im Nahen Osten ist und eine starke Arbeiterklasse hat, die es sich auf die Dauer nicht bieten lassen wird, mit ständigen Preissteigerungen (130% Inflation) und Lohnopfern für das riesige Militärbudget zu bluten.

Streiks

Im Mai dieses Jahres gab es

terhalten hat: dem Schah von Persien, Argentinien, Chile und Südafrika. Aber einige Linke machen es sich zu einfach, wenn sie die Israelis (die Arbeiter eingeschlossen) für hoffnungslos reaktionär erklären und die alte PLO-Forderung nach "Rache" aufgreifen - denn vom Klassenstandpunkt aus betrachtet ist es ein völliger Irrsinn, die Israelis vernichten zu wollen.

1948 war es vom marxistischen Standpunkt aus richtig, die Schaffung des Staates Israel abzulehnen. Aber nach über drei Jahrzehnten können nur Wahnsinnige oder Reaktionäre die Zerstörung Israels (mitsamt seiner Arbeiterklasse) fordern!

Keine Integration der Palästinenser

Die Masse der 1948 aus Israel vertriebenen Palästinenser konnte in die umliegenden arabischen Länder nicht integriert werden, weil ihnen die rückständige Wirtschaftsordnung dieser Länder nichts anzubieten hatte. Darum ist das Palästinenserproblem ein Dauerbrenner geblieben.

Im Gegensatz dazu hat es nach dem 2. Weltkrieg der steile Wirtschaftsaufschwung in der BRD möglich gemacht, viele Millionen Heimatvertriebene aus dem Osten in die Volkswirtschaft zu integrieren, so daß - abgesehen von ein paar unverbesserlichen Berufsvertriebenen - dieses "Heimat"-Problem heutzutage bei uns nicht mehr besteht. Andererseits ist es kein Zufall, daß die Ausländerfeindlichkeit bei Krise und Arbeitslosigkeit heute wieder auf fruchtbaren Boden fällt.

Viele Palästinenserflüchtlinge hausen seit Jahrzehnten unter jämmerlichen Bedingungen in den Flüchtlingslagern - und haben mit den UNO-Mindestrationen an Lebensmitteln immer noch einen höheren Lebensstandard als viele arabische Bauern!

Falsche PLO-Politik

Das Tragische am Elend des palästinensischen Volkes ist, daß seine eigene Führung, also die PLO-Spitze um Arafat, es stän-

Begins Krieg gegen die Palästinenser

16.000 TOTE - LÖSUNG ENTFERNTER DENN JE

Israelische und arabische Arbeiter haben



Militant-Anhänger Kevin Roddy bei der Bekanntgabe seiner Wahl zum Vorsitzenden der CPSA (Angestellten-Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes)

Der Beschluß richtet sich in erster Linie gegen die Militant-Tendenz und ist der Höhepunkt einer mehrjährigen Kampagne der Parteirechten gegen sie. Alle Jahre wieder inszenierten die Rechten mit Hilfe der kapitalistischen Presse eine Hexenjagd gegen die Genossen. Ihre fadenscheinige Begründung ist, die Militant-Anhänger (allesamt aktive und zum Teil langjährige LP-Mitglieder) hätten die Partei unterwandert und die Militant-Tendenz sei in Wirklichkeit "eine Partei innerhalb der Partei".

Ich selbst war kürzlich in England und kann wirklich behaupten, daß ich noch nie so eine großangelegte Medienkampagne gegen irgendeine politische Gruppierung erlebt habe.

Linke insgesamt betroffen

Wenngleich sich die Kampagne in erster Linie gegen Militant als den harten Kern und den konsequentesten Teil der Linken richtet, so werden die Rechten dabei nicht stehen bleiben, sollten sie Erfolg haben! Erklärtes Ziel ist die Bekämpfung aller Linken und die Wiederherstellung einer "soliden" rechten Partei. Die Labour-Linke versteht dies sehr wohl. Viele von ihnen verteidigen daher Militant gegen die Angriffe und weisen die Registrierung zurück. (Tony Benn nach der Vorstandssitzung: "Ich werde als unregistrierter Sozialist sterben!")

Linksruck

Die Rechten haben in den Gliederungen der Partei selbst kaum noch eine Basis. Seit den letzten Parlamentswahlen im Mai 1979 hat die Labour-Party Tausende von Mitgliedern verloren und gleichzeitig einen starken Linksruck erlebt. Nach der verheerenden Niederlage für Labour begannen viele Mitglieder zu fragen, warum das so gekommen ist. Denn als direktes Ergebnis der fehlgeschlagenen Politik der Labour-Regierung der 60er und 70er Jahre hat die britische Arbeiterklasse unter der brutalsten Regierung seit den 30er Jahren zu leiden.

Demokratisierung

Die Radikalisierung zeigte sich vor allem auf dem Parteikongreß 1980, wo eine Reihe von Anträgen zur Demokratisierung der Partei eine Mehrheit fanden, die von Militant und anderen Linken eingebracht wurden. Die wichtigste Entscheidung: die Parlamentskandidaten werden nicht mehr von der bis-

Auseinandersetzungen in der Labour-Party

RECHTE KAMPAGNE GEGEN MARXISTEN

von Felicity Bull, SPD Köln-Altstadt Nord

Die Marxisten und die gesamte Linke der britischen Labour-Party (LP) sind in den letzten Wochen unter Beschuß geraten. Die Parteirechte versucht noch einmal verzweifelt, den Linksruck der Partei aufzuhalten und möglichst rückgängig zu machen.

Am 23. Juni beschloß der Parteivorstand mit den Stimmen der Rechten, sowie einiger "umgefallener" Linker eine Registrierung aller Gruppierungen, Tendenzen und Komitees in der Partei einzuführen. Bis September erhalten alle Gruppen Zeit, gewisse Auflagen der Rechten zu erfüllen und sich beim Vorstand registrieren zu lassen. Wer dies nicht tut, wird mit dem Ausschluß bedroht. Der Parteivorstand erstellt dann jährlich ein Register der in der Partei erlaubten Gruppierungen. Diese Verfahrensweise will sich der Vorstand auf dem nächsten Labour-Parteitag im Oktober absegnen lassen.

herigen Fraktion gekürt, sondern in den Wahlkreisgliederungen der Partei gewählt. (Ein Verfahren, das z.B. in der SPD selbstverständlich ist.)

Gegen diese sogenannte "re-selection" richtet sich vor allem der Kampf der Rechten. Denn das Verfahren führte bereits zur Abwahl von einer Reihe von Abgeordneten, die in ihrer örtlichen Parteigliederung schon lange keine Basis mehr hatten und sich nur noch durch

In diesem Prozeß der Gärung in Partei und Gesellschaft finden die Ideen und Forderungen der Militant immer mehr Anklang. Dies drückt sich z.B. dadurch aus, daß sie Parlamentskandidaten in acht Wahlbezirken stellen. Ein besonderes, von der nationalen Presse breitgetretenes Schauspiel, war dabei die Nominierung des Militant-Anhängers Pat Wall aus Shipley (eine Industriestadt im Norden). Pat Wall ist seit 30 Jahren Parteimitglied und

Vorstand, der die Wahl der Kandidaten bestätigen muß, ordnete jedoch wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten die Wiederholung der Wahl an - ein Manöver, das sich als Bumerang erwies. Bei der erneut angesetzten Versammlung siegte Pat Wall sogar mit einer Mehrheit von 49 zu 12 Stimmen!

Verankerung der Marxisten

Dies ist nur ein Beispiel für die zunehmende Verankerung von Militant in der Partei. Bei den englischen Jusos (LPYS) haben sie schon seit 1970 eine solide Mehrheit und die Jusos mit ihrem Programm und ihren Methoden zu einem kämpferischen marxistischen Verband von Jungarbeitern gemacht.

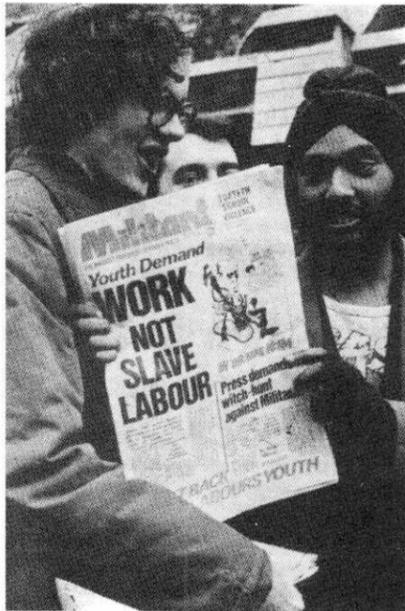
Die Labour-Rechte hofft in ihrem Rundumschlag gegen die

einen Mindestlohn von ca. 1.500 DM und einen Arbeitsplatz für alle Arbeiter über 18 Jahre, die 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und den Ausbau der Sozialleistungen, Krankenhäuser und Schulen, anstelle deren Schließung. Wenn die Kapitalisten nicht bereit sind, mitzumachen, sollen die 200 Monopole und die Schlüsselindustrie der Wirtschaft verstaatlicht und unter demokratische Arbeiterkontrolle gestellt werden. Viele Partei- und Gewerkschaftsmitglieder haben ein zunehmendes Interesse an diesen Ideen. Deshalb die Angst der Mächtigen im Lande.

Deshalb auch die Hexenjagd zu diesem Zeitpunkt. Sie ist die einzige Waffe, die der überlebten Parteirechten aus einer Position der Schwäche noch bleibt, um ihre Posten zu retten.

Der Parteivorsitzende, Michael Foot (der selbst einmal in der 50er Jahren, damals noch als Linker, vom Ausschluß bedroht war!), hat sich dem Druck der Parteirechten aus Angst um seine Stellung nicht widersetzt. Ebenso wenig wie einige andere Vorstandsmitglieder, die mit linkem Anstrich in den Vorstand gewählt worden sind.

Gegenkampagne in vollem Gang



MILITANT-Anhänger beim Straßenverkauf

Aber die Militant-Anhänger sind weit davon entfernt, sich weinerlich über die Hexenjagd zu beklagen, oder gar verschüchtert zurückzuziehen. Sie haben eine Gegenkampagne in Gang gesetzt, die größer und umfassender ist, als alles, was die Partei bisher gesehen hat. Seit Bekanntwerden des Vorstandsbeschlusses organisieren sie Veranstaltungen in jeder Groß- und Kleinstadt, um Unterstützung zu gewinnen und ihre politischen Ideen einer breiteren Öffentlichkeit zu erklären. Mittlerweile sind aus den Parteigliederungen über 280, aus gewerkschaftlichen Gliederungen über 230 Resolutionen gegen den Beschluß an den Parteivorstand eingegangen - und es werden täglich mehr! Sogar Foots eigener Ortsverein hat den Beschluß abgelehnt. Zur Zeit mobilisieren die Militant-Genossen für eine Konferenz mit 3.000 Delegierten aus Partei und Gewerkschaften am 11. September in London, die kurz vor dem ordentlichen Parteikongreß stattfindet. Als Redner zugesagt haben u.a. Tony Benn, sowie eine Reihe von Abgeordneten, Parlamentskandidaten und Gewerkschaftsführern, wie z.B.

Linke vor allem auf Rückhalt durch den Gewerkschaftsblock, der mit seinen millionenfachen Stimmen ausschlaggebend ist.

Doch auch in den Gewerkschaften gärt es, haben sich oppositionelle Flügel gebildet, findet eine Radikalisierung der Mitgliedschaft statt.

Militant erobert Gewerkschaften

Die Politik der Militant-Genossen bewährt sich auch zunehmend auf gewerkschaftlichem Gebiet. Vor einigen Monaten wurden 7 Militant-Anhänger in den neuen Vorstand der größten Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten, CPSA (300.000 Mitglieder), gewählt und die alte rechte Vorstandsmehrheit von 16 zu 10 zudem in eine überwältigende Mehrheit der Linken von 23 zu 3 umgewandelt. Einige Monate zuvor noch wurde Kevin Roddy, ein bekannter langjähriger Militant-Anhänger, in Urwahl (!) zum neuen Präsidenten derselben Gewerkschaft gewählt! Auch in den Vorständen anderer Einzelgewerkschaften ist Militant personell vertreten.

Programm

Militant fordert unter anderem



Labour-Vorsitzender Michael Foot: dem Druck der Rechten nachgegeben



Linksreformer Tony Benn: "Ich sterbe als unregistrierter Sozialist."



Militant-Anhänger Pat Wall: zweimal zum Parlamentskandidaten gewählt

die bisherigen undemokratischen Verfahrensweisen halten konnten. Die neu gegründeten "sozialdemokratische" Partei, SDP, unter Shirley Williams & Co. hat übrigens vieler solche abgewählten ehemaligen Würdenträger in ihren Reihen. . .

Stärke durch Ideen

langjähriger Vorsitzender des Bradford "Trades Council" (gewerkschaftliches Ortskartell). Er wurde bereits im vorigen Jahr von den Delegierten seiner örtlichen Parteigliederung mit 35 zu 28 Stimmen gegen den bisherigen Abgeordneten Ford zum neuen Parlamentskandidaten gewählt. Der nationale Labour-



Beirut in Flammen

dig abgelehnt hat, den Kampf um die nationale Befreiung mit der sozialen Befreiung von Kapitalismus und Großgrundbesitz zu verbinden. Libanon 1982 ist da nur der Schlußpunkt einer verhängnisvollen Kette von Irrtümern.

1970 bestanden in Jordanien günstige Chancen für die Machteroberung durch die Arbeiter. Die Palästinenser stellten die große Mehrheit der Arbeiter, ihre Milizen waren den Truppen des Königs Hussein zehnfach überlegen. Die Monarchie hing in der Luft.

Mögliche Revolution in Jordanien

Leicht hätten die Palästinenserführer Hussein stürzen und einen demokratischen Arbeiterstaat schaffen können. Sie hätten auf dieser Basis den israelischen Arbeitern eine Sozialistische Förderation Jordanien-Israel anbieten können, um auf der Grundlage einer sozialistischen Planwirtschaft Industrie, Landwirtschaft und Naturschätze im Interesse aller einzusetzen und den Palästinensern wie den Israelis das Recht auf Selbstbestimmung zu garantieren.

Doch die Palästinenserführer weigerten sich, in Jordanien die soziale Revolution zu organisieren und wollten sich nur auf den "Kampf gegen Israel" konzentrieren.

König Hussein hatte Zeit gewonnen und konnte die Konterrevolution organisieren. So kam es im September 1970 zu einem schrecklichen Blutbad, dem über 30.000 palästinensische Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Es ist interessant zu wissen, daß damals Hussein eine pakistanische Armee-Division unter dem General Zia-ul-Haq angeheuert hatte - genau derselbe Zia, der heute Diktator in Pakistan ist und mit Arafat gute freundschaftliche Beziehungen unterhält.

Flucht in den Libanon

So mußten wieder unzählige Palästinenser flüchten - diesmal

nach Libanon, wo sie im Süden des Landes Lager errichteten. Von dort aus wurden dann die Bombardierungen der israelischen Dörfer und sonstige Terroranschläge organisiert. Damit wurde dem israelischen Imperialismus letztlich der Vorwand geliefert, um vor der Weltöffentlichkeit die Aggression dieses Sommers zu rechtfertigen.

Der massive Zustrom von Palästinensern brachte den Libanon aus seinem mühsam ausbalancierten innenpolitischen Gleichgewicht. Aber weiterhin betonten die PLO-Führer, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder einmischen wollten. Darüberhinaus erhält die PLO-Spitze nach wie vor kräftige Geldspritzen von der reaktionären saudi-arabischen Monarchie. "Wes' Brot ich eß, des' Lied ich sing!" Daher die Beteuerung Arafats, er sei "politisch neutral!"

Israels Ziele

Was sind nun die Ziele und Absichten Israels in diesem Krieg? Zunächst einmal will Begin sicherlich die palästinensische Präsenz im Libanon beseitigen. Militärisch hat die israelische Kriegsmaschinerie gesiegt. Die tiefere Ursache liegt jedoch (wie oben schon erwähnt) in der Sorge der herrschenden Klasse über die revolutionäre Gärung unter den Palästinensern, die unter israelischer Besatzung leben.

Gerade diese Bewegung der palästinensischen Arbeiter und Bauern hat zuletzt auch viele israelische Arbeiter und Jugendliche erfaßt, die mit gegen die brutale israelische Unterdrückung am Westufer des Jordan protestierten.

Hier haben wir es im Keime mit einer Solidarisierung zwischen israelischen und palästinensischen Arbeitern innerhalb der israelischen Staatsgrenzen zu tun - also einer für die israelische herrschende Klasse höchst gefährlichen Entwicklung! Weil fast sämtliche Palästinenser am Westufer die PLO unterstützen, erhofft sich Begin vom Krieg im Libanon, daß er ihre re-

volutionäre Stimmung brechen kann. Die benachbarten arabischen Regimes haben - das werden jetzt viele palästinensische Jugendliche erbittert feststellen - die Palästinenser wieder einmal im Stich gelassen. Zum einen, weil sie sich innenpolitisch das Risiko einer militärischen Niederlage nicht erlauben können.

Zum anderen, weil sie wissen, daß trotz der bürgerlich-nationalistischen Führung um Arafat die PLO viele jugendliche revolutionäre Kämpfer umfaßt.

Terror bringt keinen Fortschritt

Die Niederlage im Libanon unterstreicht, daß die PLO-Führung mit ihrer bisherigen Politik die Sache der palästinensischen Arbeiter und Bauern in die Sackgasse geführt hat. Weder Arafats höfliche Diplomatie mit den reaktionären arabischen Regimes noch die terroristischen Aktionen haben irgendwelchen Fortschritt gebracht. Im Gegenteil! Sie haben der palästinensischen Sache enorm geschadet und den Reaktionen in Israel starken Auftrieb gegeben.

Opposition in Israel

Erstmals hat es in der israelischen Armee und Bevölkerung starke Proteste gegen das barbarische Vorgehen der israelischen Truppen gegeben. Aber viele werden resigniert sagen: "Wenn wir nicht grausam sind, dann rotten die uns eben aus!" Wieder werden sich die Flüchtlingsströme im Nahen Osten in Gang setzen, und wieder wird ein Gefühl der Verbitterung und Verzweiflung aufkommen.

Die PLO-Führer hoffen wohl, daß sie von irgendwelchen vollklimatisierten Büros aus neue diplomatische Hebel in Bewegung setzen, die ach so erfolgreiche UNO einspannen und vielleicht sogar Begin davon überzeugen können, daß er endlich ihr "Heimatland" am Jordan zurückgibt! Teile der PLO-Jugend werden, von Arafats Opportunismus frustriert, wieder den "militärischen" - d. h. terroristischen Weg einschlagen und sich dadurch nur sinnlos verheizen lassen!

Internationalistische Politik nötig

Die Palästinenserfrage, wie die ganze Nahost-Krise kann auf kapitalistischer-nationalistischer und bürgerlicher Grundlage nicht gelöst werden. Nur eine internationalistische Politik, die sich die Solidarisierung aller Arbeiter im Nahen Osten über die Staatsgrenzen hinweg zum Ziel setzt, kann einen Ausweg aufzeigen. Nur eine marxistische Bewegung mit breiter Verankerung und den israelischen und palästinensischen Arbeitern und revolutionären, internationalistischen Perspektiven kann den Schrecken ohne Ende, den dauernden Teufelskreis durchbrechen.

Die Arbeiter im ganzen Nahen Osten haben nichts davon zu gewinnen, wenn die reaktionären, feudalen und kapitalistischen Regimes und bürokratischen Eliten weiter herrschen. Darum muß es unser Ziel sein, sie zu stürzen und die Arbeiter an die Macht zu bringen. Es gäbe genug Platz für alle. Palästinenser und Juden könnten friedlich nebeneinander leben.

H.G. Öfinger

Ein Reisebericht aus Portugal:

WACHSENDE RADIKALISIERUNG DURCH NOT

Nach verschiedenen Gesprächen an Ort und Stelle, kristallisierten sich in der Bevölkerung nach meinem Eindruck drei Gruppen heraus: Eine Gruppe, die aufgrund erlebter Enttäuschungen resigniert und meint, das Land würde sowieso in den Stand vor der Revolution vom 25. April 1974 verfallen. Eine zweite versucht nun, angesichts der immer mehr rechtsgerichteten Politik, noch rechtzeitig umzuschalten, um eigene Vorteile zu sichern. Eine stetig wachsende Zahl jedoch sieht sich zur Radikalisierung gedrängt, da Arbeitslosigkeit und Not kaum eine andere Wahl lassen.

Elendsviertel

Auch die Hauptstadt bleibt von den Zeugnissen der Not - in Form von Elendsvierteln - und des Hungers nicht verschont.

In den Blechbaracken, die in Lissabon und Umgebung aus dem Boden sprießen, wohnen die Ärmsten Portugals. Die meisten sind Farbige, die aus den ehemaligen Kolonien nach Portugal zogen, in der Hoffnung, dort ein besseres Leben vorzufinden.

Aber auch sehr viele Weiße teilen ihr Schicksal, denn wer kann sich schon eine Wohnung leisten, deren monatliche Miete 400 bis 500 DM beträgt? Ein Arbeiter in Lissabon verdient ca. 300 bis 500 DM - und dies in der Hauptstadt, wo die Löhne noch am höchsten sind.

Ich habe folgende erschütternde Szene erlebt: ein Zehnjähriger kommt in ein Lebensmittelgeschäft und bittet dort um Essen! Er ist leider kein Einzelfall.

Landwirtschaft liegt brach

Die Agrarreform im Alentejo ist größtenteils wieder rückgängig gemacht worden. Das besetzte Land wurde an die früheren Eigentümer zurückgegeben, wobei eine hohe Entschädigungssumme nicht fehlen durfte. Nun liegt wieder ein Teil der Landwirtschaft brach, denn sehr viele Großgrundbesitzer leben in der Stadt und interessieren sich herzlich wenig dafür, was mit dem Boden geschieht. Hauptsache, sie können ab und zu auf eigenem Grund und Boden jagen gehen.

Dies alles hebt die revolutionäre Stimmung in der Arbeiterschaft, die ihre Unzufriedenheit kundgibt. Der Generalstreik vom 12. Mai '82, an dem sich bis zu 90% der Arbeiter beteiligt haben, beweist, welche Kraft in der Arbeiterschaft steckt - trotz des Versuchs der Sozialistischen Partei (PS), durch eine neue Splittergewerkschaft die Arbeiter zu spalten. Bisher konnte Mario Soares noch mit gemäßigten Forderungen den Wählern etwas vormachen, doch mehr und mehr erweist er sich als Hauptstütze bürgerlicher Politik. Viele

PS-Wähler sind äußerst enttäuscht und wollen bei den nächsten Wahlen 1983 sich entweder der Stimme enthalten oder die Kommunistische Partei (PC) wählen. Die PC wird voraussichtlich einen starken Stimmenzuwachs verbuchen können.

Reaktionäre Verfassungsänderung

Vor kurzem hat die bürgerliche Regierungskoalition Alianca Democratica (AD) eine Verfassungsänderung durchgesetzt, die unter anderem die Absetzung des Revolutionsrates vorsieht, der bislang die Rolle eines Verfassungsgerichtes spielte; er konnte sein Veto gegen nicht verfassungsgemäße Gesetze einlegen. Überhaupt wurde in den letzten Jahren die Rolle des Militärs systematisch zurückgedrängt und umfangreiche Säuberungen durchgeführt. Auch die bisher politisch starke Opposition des Staatspräsidenten wurde auf reine Repräsentationsfunktionen zurückgedrängt.

Eine großangelegte Demonstration fand am Tag vor der Entscheidung zur Verfassungsänderung statt. Über 100.000 Menschen versammelten sich am 15. Juli 1982 in Lissabon, um Abgeordnete dazu zu bewegen, die seit der Revolution geltende Verfassung zu retten. Die Abstimmung verlief trotzdem mit einer 2/3 Mehrheit für die Verfassungsänderung gegen die Stimmen der PC.

Kämpferische Stimmung

Die Stimmung in der Bevölkerung ist sehr bewegt, und es geht schon soweit, daß viele einen Bürgerkrieg für wahrscheinlich halten.



LANDARBEITER IN ALENTEJO

Dies zeigt, daß das Volk zu revolutionären Kämpfen bereit ist. Wer gibt schon gern die schwer erkämpften und so lange ersehnten Errungenschaften zurück? Wenn es an etwas fehlt, dann an einer gut organisierten Arbeiterführung, die dieser geballten Kraft der Arbeiter den Weg zum gemeinsamen Kampf zeigen kann, um die sozialistische Revolution in Portugal voranzubringen und zu vollenden.

Maria Clara Roque, Wiesbaden Mitglied der Jusos und Falken

gemeinsamen Feind!

Interview mit einem Angestellten bei Bauknecht:

“BAUKNECHT-ANGESTELLTE WERDEN WIE AUF DEM SKLAVENMARKT GEHANDELT”

In Baden-Württemberg, das bereits durch die AEG-Krise stark betroffen ist, befindet sich auch der Bauknecht-Konzern seit einigen Wochen im Vergleich. 400 Arbeitern und Angestellten wurde bereits gekündigt. Bis Jahresende sollen 1.500 der 7.000 Bauknechtbeschäftigten im Inland entlassen sein. Auch die 5.600 Arbeitsplätze in Österreich und Frankreich sind gefährdet.

Unsere Mitarbeiter Ursel Beck und Hans Blunck sprachen mit einem Angestellten von Bauknecht über die Situation in der Hausgerätebranche und speziell bei Bauknecht. Der Kollege ist IGM- und SPD-Mitglied.

Frage: Wieviele Kollegen wurden bei der Stuttgarter Hauptverwaltung von Bauknecht entlassen?

Antwort: Bei der ersten Entlassungswelle wurde 72 Angestellten gekündigt. Manche haben sich schon seit langem um eine andere Arbeit gekümmert und dann von sich aus gekündigt. Sie sind praktisch einer Entlassung zuvorgekommen. Innerhalb eines Jahres ist die Belegschaft von 1.000 auf 800 Beschäftigte zurückgegangen.

Frage: Wie groß sind die Chancen, einen anderen Arbeitsplatz zu finden?

Antwort: Das ist sehr unterschiedlich. Manche hatten Glück und haben noch relativ leicht etwas gefunden. Ein Kollege aus

meiner Abteilung ist 47 Jahre alt und seit 17 Jahren bei Bauknecht. Er hat inzwischen 15 abschlägige Bewerbungen.

Wir haben übrigens erfahren, daß es in Stuttgart eine Personalleiterkonferenz unter verschiedenen Firmen gibt. Da werden die Angestellten von Bau-

— viel zu schlecht bezahlt. **Frage:** Wie kam es zur Krise bei Bauknecht bzw. in der Haushaltsgerätebranche?

Antwort: Die Ursachen sind Überproduktion und Mißmanagement. Bauknecht hat seit Jahren außer bei der Waschmaschinenproduktion keine ausgelasteten

— lung. **Frage:** Was macht die IGM-Metall? **Antwort:** Die IGM hatte im Grunde auch keine Antwort auf die Probleme. Sie hat sich bereits mit dem Arbeitsplatzabbau abgefunden. Der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und der 1. Bevollmächtigte der IGM in einem Bezirk in dem zwei Bauknecht-Werke sind, hat sich sogar bei einer Betriebsversammlung hingestellt und gesagt, daß wir — er redet immer von wir, wenn er sich meint — Entlassungen zustimmen werden.

Frage: Im Stuttgarter Werk gibt es eine IGM-Aktionsgruppe. Wie sieht die Arbeit dieser Gruppe aus?

Antwort: Die Aktionsgruppe trifft sich regelmäßig, um die neuesten Informationen auszuwerten. In mehreren Flugblättern haben wir auf die Machenschaften der Bauknecht-Brüder hingewiesen und ihre Versprechungen hinterfragt. Wir wollen damit die Belegschaft aktivieren, sich für ihre Interessen einzusetzen.

Wir haben auch Forderungen gestellt, wie

- * Erhalt aller Arbeitsplätze.
- * Entwicklung eines Gesamtkonzepts für die Branche, unter öffentlicher Regie und unter Beteiligung der Belegschaften und der Gewerkschaften.
- * Offenlegung der tatsächlichen finanziellen Verhältnisse und Rückführung des von der Belegschaft erarbeiteten Privatvermögens der Familie Bauknecht in das Betriebskapital!

Wir haben einen Brief geschrieben an Politiker und die Presse, die haben aber kaum geantwortet.

Frage: Was für Reaktionen hat es bisher von Seiten der SPD gegeben?

Antwort: Bei der SPD haben wir einen Totalausfall erlebt. Es gab ein Gespräch zwischen der Landtagsfraktion und dem Betriebsrat. Die SPD-Abgeordneten sagen auch, daß ein Branchenkonzert notwendig sei. Aber sie sagen gleichzeitig, daß das in unserem System nicht möglich sei. Das sagen die IGM-Funktionäre übrigens auch.

Frage: Wie wird es nun weitergehen bei Bauknecht?

Antwort: Es gibt eine sogenannte "Sanierungskommission". Da sitzen aber nur Eigentümer und Direktoren drin. Der Betriebsrat erfährt von einer Sanierung nur durch Kündigungen.

So ist z.B.

abzusehen, daß die Kühlschrank-Produktion nach Italien verlagert wird, wenn Philips das Calwer Werk kauft. Die IGM-Aktionsgruppe ist gegen die Verkaufsverhandlungen mit Philips, weil ein arbeitnehmerfeindliches Konzept dahintersteckt.

Frage: Wie könnte ein Konzept aussehen, das im Interesse der Arbeiter und Angestellten ist?

Antwort: Wie gesagt, wir brauchen ein Branchenkonzert. Und wenn unsere bisherigen Produkte keinen Absatz mehr finden, müssen wir andere nützliche Güter produzieren. Wir denken hier z.B. an Umwelttechnik. Nur müßten wir dann Aufträge vom Staat bekommen,



knecht wie auf dem Sklavenmarkt gehandelt. Der Personalchef kommt dann auf Kollegen zu und sagt, daß da und dort eine Stelle frei wäre. Ein Kollege hat sich 35 km entfernt bei einer Firma beworben, aber die hat

Kapazitäten mehr. Bei den Motoren gab es ein ständiges Auf und Ab. Bei den übrigen Herstellern ist das ähnlich. Wie chaotisch das in der Branche läuft, zeigt sich darin, daß die Baumaschinenfirma Liebherr in Oberschwaben ein neues Kühlschrankschrankwerk gebaut hat, zu einer Zeit, als bei Bauknecht die Kapazitäten längst nicht mehr ausgelastet waren. Wenn das so weiter geht, gibt es eine Katastrophe wie im Stahlbereich oder in der Landwirtschaft, wo es schon längst enorme Überproduktionen gibt.

Frage: Welche Rolle spielen die Banken?

Antwort: Ausschlaggebend für den Ausbruch der Krise war, daß die Banken den hochverschuldeten Firmen keine Kredite mehr geben wollten. Die Dresdener Bank ist die Hausbank bei AEG, und gleichzeitig führt sie das Bauknecht-Kredit-Konsortium an.

Es besteht der Verdacht, daß die Banken ein Branchenkonzert durchsetzen wollen. Das wollen wir auch. Nur, wir wollen ein Konzept der Arbeitsplatzmaximierung, und die Banken ein Konzept der Gewinnmaximierung.

Frage: Was unternimmt der Betriebsrat?

Antwort: Bei uns in Stuttgart sieht es schlecht aus mit dem Betriebsrat. 4 Betriebsräte sind in der DAG, 3 sind nicht organisiert und nur 2 sind in der IGM. Der Gesamtbetriebsrat setzt sich aber mehrheitlich aus IGM-Vertretern zusammen. Er hat mit der Geschäftsleitung einen Sozialplan ausgehandelt für alle Entlassenen. Leute, die mehrere Jahre im Betrieb waren, erhalten allerdings weniger als nach der gesetzlichen Regelung.

Kollegen, die 7-8 Jahre beschäftigt waren, erhalten z.B. 2-3 Monatsgehälter. Das reicht gerade bis Weihnachten. Einige Kollegen klagen nun auf höhere Abfindungen bzw. Wiedereinstel-

und der gibt sein Geld lieber für Rüstung aus als für eine bessere Umwelt. Wie man die Wirtschaftskrise insgesamt lösen kann, weiß ich auch nicht genau. In jedem Fall müßte die Belegschaft die Direktoren wählen, und diesen gewählten Vertretern dürften aber nicht die Fabriken gehören. Insgesamt brauchen wir wahrscheinlich ein Wirtschaftssystem, das einen Mittelweg darstellt zwischen dem System im Westen und dem im Osten.

Lehrling berichtet:

VERLUSTE SCHLIMMER ALS VERLETZUNGEN

Ich habe gerade das erste Lehrjahr meiner Ausbildung zum Stahlbauschlosser hinter mir. Da ich der einzige Auszubildende im Betrieb bin, war ich in diesem Jahr im Bildungszentrum der Industrie- und Handelskammer in der Lehrwerkstatt untergebracht. Dort habe ich mit 30 Auszubildenden zusammen aus verschiedenen Metallberufen den Grundlehrgang Metall gemacht.

Gleich am Anfang ist es mir aufgestoßen, daß in der Hausordnung so viel drin steht, was man nicht machen darf.

Als erste Aufgabe mußten wir aus Draht Figuren biegen. Die Meister haben das gleich bewertet und vielen eine 4 bis 5 verpaßt. Sie haben noch nicht mal deinen Namen gewußt — und schon eine Beurteilung gemacht. — Ganz schön frustrierend! Die Zeiten werden gleich aufgeschrieben und die, die etwas langsamer sind, kriegen gleich eins drauf. Bald wurden die Schnelleren und Besseren bevorzugt — sie durften Sonderjobs für den Meister machen.

Dauernd hat man uns darauf hingewiesen, daß wir ja den Betrieb nicht schädigen dürfen. Wir sollten froh sein, sagt man uns, daß wir für den Betrieb Leistung bringen dürfen. Und was die Arbeitsunfälle angeht: Du kannst Dich dabei halb verstümmeln, aber das schlimmste, kriegen wir immer gesagt, ist, daß das den Betrieb Strafe kosten kann. Verluste für den Betrieb sind immer noch schlimmer als deine Verletzungen. Auch wenn du Dir an der Fräsmaschine die Hand oder beim Schleifen die Augen verletzt.

Im letzten Monat ist dann in der Lehrwerkstatt nichts mehr gelaufen. Aber wenn man einmal auf der Werkbank drauf sitzt und der Meister sieht es, dann kommt er gleich und kassiert 50 Pfennige für die "Schlamperkasse".

Wenn ich mir jetzt so überlege, was in diesem Jahr überhaupt gelaufen ist, dann hätte ich erwartet, mehr für meine Fachrichtung zu lernen. Statt 34 Wochen zu feilen, hätten auch 10 Wochen genügt. Das ganze, was wir gelernt haben, hätte man uns schon in den ersten paar Wochen erklären können. Vor allem das endlose Feilen: Du kommst abends Heim und weißt: morgen darf wieder gefeilt werden. Was hier fehlt, das wäre ein zeitlich und sachlich gegliederter Ausbildungsplan.

Von einem Juso- und IGM-Mitglied aus Baden-Württemberg

Betriebsschließung in Aachen

JUSO - AKTION KAM GUT AN

Die Aachener Jungsozialisten haben nach einer Bilanzdiskussion über die Arbeit des vergangenen halben Jahres vier neue Arbeitsschwerpunkte beschlossen: Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, Sozialpolitik, Ökologie und Dritte Welt. Die Beschäftigung mit dem Problemen der Arbeiter- und Gewerkschaftsjugend ist die einzige Möglichkeit, um die Jusos in diesem Bereich wirklich zu verankern. Zudem herrscht in Aachen überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit (10-11%), von der vor allem Jugendliche betroffen sind.

Als jetzt durch die Schließung der Tuchfabrik Fuss 250 Arbeitsplätze verlorengehen sollten, haben wir ein Flugblatt geschrieben und dort verteilt. Obwohl wir ziemlich spät dran waren — es arbeiteten nur noch 50 Beschäftigte in dem Werk, die anderen waren schon entlassen — stießen wir auf ein großes Echo. Fast alle Arbeiter nahmen ein Flugblatt und fanden es gut, wenngleich nicht alle mit dem Lösungsvorschlag einer demokratisch geplanten Wirtschaftsordnung einverstanden waren. In den Diskussionen erfuhren wir noch zahlreiche Einzelheiten über den Betrieb, die vorher gar nicht an die Öffentlichkeit gedrungen waren. Z.B. wurden in vielen Monaten 12-Stundenschichten an 6-7 Tagen pro Woche geleistet, doch das Urlaubsgeld wurde nach den Monaten mit den geringsten Stundenzahlen be-

rechnet. Ebenso wurde den Arbeitnehmern die Steuerrückzahlungen (30-40 DM pro drei Monate) vorenthalten. Gewerkschaftsmitglieder wurden grundsätzlich gefeuert.

Das ist mit ein Grund für die "problemlose" Schließung gewesen: im Betrieb war keine Gewerkschaft vertreten. Das Verhältnis zwischen dem Unternehmer und dem Betriebsrat hat uns ein Kollege beschrieben: "Der Betriebsrat, der war doch die rechte Hand des Chefs. Der sagte zu dem: Entweder Du gehst jetzt die Treppe runter oder du fliegst runter. Und der Betriebsrat ging dann lieber runter."

Als wir im Pfortnerhäuschen mit den Beschäftigten diskutierten, tauchte der Chef auf, sah erst die Flugblätter, dann uns und bekam einen Wutanfall. Danach wies er uns unter Beschimpfungen vom Gelände. Als wir draußen standen, kamen noch verschiedene Arbeiter heraus und holten einige Flugblätter, um sie drinnen zu verteilen. Heimlich natürlich, damit der Chef nichts sah.

Wir Jusos haben dabei gesehen, daß es möglich ist, mit Arbeitern über unsere politische Ideen zu diskutieren. In der Zukunft müssen wir nur eher zur Stelle sein, wenn Betriebsschließungen oder Tarif- und Arbeitskämpfe anstehen.

Leo Schiffer, Mitglied des Juso-Vorstands Aachen

VORAN

ENERGIESPAREN DURCH BESSERE NUTZUNG MÖGLICH

- Durch Wärmerückgewinnung aus dem Abwasser lassen sich 33% - 50% der zur Warmwasserbereitung benötigten Energie einsparen.

- Die Einführung des schwedischen Standards der Gebäudeisolierung in der BRD würde 75% der Raumheizenergie einsparen; gleichzeitig würden für die Dauer von 20 Jahren 240.000 Arbeitsplätze geschaffen.

- Bei industriellen elektrischen Antrieben gehen 50% - 70% der vom Motor abgegebenen Leistung wegen schlechter Konstruktion der Antriebsübertragung verloren; schaltet man nur die Hälfte dieser Verluste aus - was technisch leicht möglich ist - dann würden jährlich 60 Millionen Mega-

Watt-Stunden Strom gespart. Das entspricht der Jahresproduktion von 12 (!) Groß-AKW's mit je 1.300 MW Leistung.

- Elektrische Haushaltsgeräte könnten mit 66% weniger Strom auskommen (bei nur 10% - 15% Mehrkosten). Sie werden nur deshalb nicht eingeführt, weil der Elektro- und Atomfizz der Großkonzerne an einem hohen Stromverbrauch interessiert ist!

Das sind nur wenige Beispiele. Sie beweisen: die kapitalistische Marktwirtschaft versagt auch im Bereich der Energieversorgung. An ihre Stelle muß eine volkswirtschaftliche Planung der Energieerzeugung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung treten!

KAPAZITÄTSAUSBAU AUCH OHNE AKWS MÖGLICH

1) Wenn die Hitze genutzt würde, die täglich aus 25.000 industriellen Dampfkesseln in die Luft verpufft wird, könnte gewissermaßen "nebenbei" Strom erzeugt werden. Innerhalb von 10 Jahren ließen sich auf diese Weise mindestens 21.000 MW zusätzliche Kapazität mobilisieren. Das hat der Energiekonzern BP in einer vertraulichen Studie ausgerechnet. Ähnliches hat das Bundeskartellamt im Dezember 1977 amtlich festgestellt. (21.000 MW entsprechen der Kapazität von rund 20 funktionierenden - also 40 zu bauenden! - Groß-AKW's.)

2) Ungefähr 20 Baugenehmigungen für Kohlekraftwerke modernster Bauart (umweltfreundlich!) sind zur Zeit erteilt. Gebaut werden sie trotzdem nicht. Die EVUs beharren lieber auf Atomkraftwerken. (Damit läßt sich anscheinend mehr verdienen!). Die Kapazität der genehmigten, aber nicht gebauten Kohlekraftwerke: 8.000 MW (vorsichtig geschätzt).

3) Ein riesiges Potential von alternativen Energiequellen ist noch ungenutzt: Sonne, Wind, Erdwärme, Meer usw. Alleine in der BRD (einem relativ sonnenarmen Land!) strahlt jährlich 80mal so viel Sonnenenergie ein wie der gesamte Energieverbrauch beträgt. Weltweit strahlt das 14.000fache des Weltbedarfs ein.

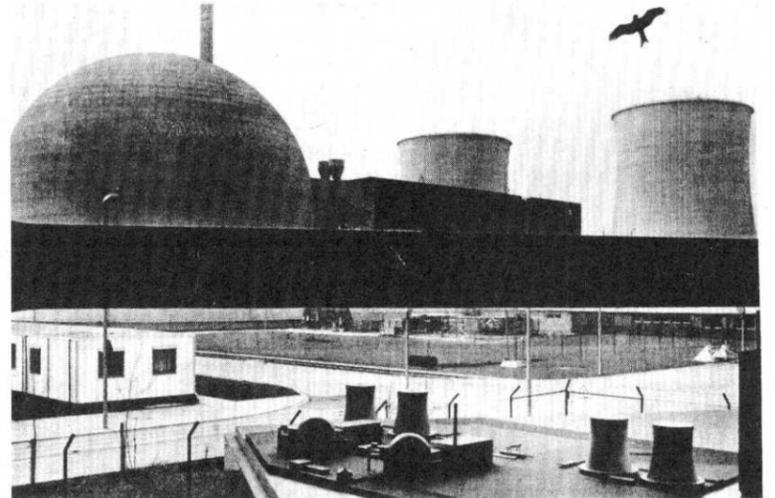
Nutzte man nur die ersten beiden der genannten Möglichkeiten zu zusätzlicher Stromerzeugung bei stillgelegten AKWs, dann stünden Kapazitäten (nämlich fast 100.000 MegaWatt) zu Verfügung, die ein 2%iges Wachstum für 30 Jahre zuließen. "Grenzen des Wachstums"? - Im Elektrizitätsbereich jedenfalls noch längst nicht in Sicht!

Wie man alle Atomkraftwerke abschalten kann, ohne dass die Lichter ausgehen... FÜR SOZIALISTISCHE ENERGIEPLANUNG!

An anderer Stelle geben die EVUs zu, daß eine "Sicherheitsreserve" von 8% ausreicht, um eine sichere Versorgung zu gewährleisten. Im Notfall springt nämlich das europäische Stromverbundnetz ein, daß von Schweden bis Sizilien und von Portugal bis in die Tschechoslowakei reicht. Dieser Stromverbund ist nichts anderes als eine kleine Planwirtschaft - die allerdings im kapitalistischen Sinne funktioniert!

Die gegenwärtige Sicherheitsreserve (gemessen am Spitzenverbrauch) liegt bei über 50%! Schaltet man alle AKWs ab - sie liegen wegen Funktionsmängel ohnehin die halbe Zeit still! - dann beständen immer noch Überkapazitäten von rund 17.000 Mega Watt oder 36%, gemessen an der Verbrauchsspitze. Das reicht aus, um 14 Jahre lang eine jährliche Verbrauchssteigerung von 2% abzudecken und hinterher immer noch die erforderliche 8%ige Sicherheitsreserve zu haben

Warum werden dann gefährliche Atomanlagen gebaut? Weil im kapitalistischen System große Monopole Riesenprofite damit machen können. Sie nehmen keinerlei Rücksicht, wenn's um Geschäfte geht: weder auf die Umwelt, noch auf die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung.



Kernkraftwerk Biblis
Für ihr Profitstreben geht sie sogar über Leichen!

Welche gesellschaftliche Kraft könnte sich diesen Kapitalinteressen erfolgreich entgegenstellen und das Atomprogramm endgültig stoppen? Es gibt nur eine: die organisierte Arbeiterbewegung. Sie ist mit fast acht Millionen Gewerkschaftsmitgliedern die potentiell stärkste Macht in der Gesellschaft.

Gegen ihren Widerstand kann die Anti-AKW-Bewegung nichts durchsetzen. Nur mit ihrer Sympathie und Unterstützung werden sich die die AKWs stilllegen lassen. Die Atomindustrie hat es jedoch mit Erfolg verstanden, weite Teile der Arbeiterklasse, des DGB und der SPD hinter sich herzuführen. Ihre falsche Propagandamethode "Atomkraft schafft Arbeitsplätze" wirkt. Im DGB ist bisher eine breite Diskussion über die Atomfrage verhindert worden.

Die Anti-Atom-Bewegung muß sich unbedingt diesem Problem zuwenden. Die Lügen der Atomindustrie müssen entlarvt werden. Unsere Fakten, Zahlen und Argumente sprechen eine eindeutige Sprache. Wir müssen sie offensiv innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung, in SPD und DGB, vortragen, um dadurch die Mehrheit der Arbeitnehmer für uns zu gewinnen.

Wir müssen klar machen: Atomstrom ist zu teuer, zu unsicher, zu gefährlich und auch völlig überflüssig! Es ist genug Energie da - sie muß nur richtig und planvoll genutzt werden.

Wir brauchen eine gesamtgesellschaftlich geplante alternati-

ve Energieversorgung, um die vorhandene Gesamtenergie so sparsam und nützlich wie möglich einzusetzen.

Die Vorteile liegen klar auf der Hand:

- *Es wird nach Bedarf produziert noch nach Profit. Sinnlose Überkapazitäten werden vermieden.
- *Durch planmäßige Entwicklung alternativer Energiequellen können die Kapazitäten umweltfreundlich aufgestockt werden, sobald es wirklich nötig ist (siehe Kasten).
- *Eine gesamtgesellschaftlich geplante Verbesserung der Nutzung vorhandener Energiequellen wird den Verbrauch sogar senken können (siehe Kasten).

Hierfür ist allerdings nötig, zuerst die Energiewirtschaft den Klauen der Großkonzerne und Banken zu entreißen. Denn man kann nicht planen, was man nicht kontrolliert. Und man kann nicht kontrollieren, was man nicht besitzt.

In einer sozialistischen Planwirtschaft, die unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung steht, wäre es höchst einfach, ein gesamtgesellschaftlichen Produktionsplan zur rationellen und umweltfreundlichen Energieerzeugung zu erstellen. Alle AKWs könnten sofort stillgelegt werden. Kein Arbeiter in der Atomindustrie bräuchte seine Entlassung zu befürchten: diese Unternehmen könnten auf die Produktion alternativer Energiequellen umgerüstet werden.

Kurt Pfeifle, Jusos, Aachen

AEG-Pleite BANKEN-PROFITE AUF KOSTEN DER ARBEITER!



AEG-Niete Dürr: Jahresgehalt von 582.347,-DM

"Bei uns ist es umgekehrt wie beim Eiffelturm: die großen Niete sitzen oben, die kleinen unten". (Zitat eines AEG-Arbeiters).

Und wie immer verdienen die "großen Niete" mehr als die kleinen Arbeiter und Angestellten. Für die anstrengende Arbeit, den Konzern abzuwirtschaften, erhält jedes AEG-Vorstandsmitglied ein Jahresgehalt von 582.347 DM. Und in den AEG-Betrieben, über denen jetzt der Pleitegeier kreist, müssen die Arbeiter um die Auszahlung ihrer Löhne bangen. Die Spitzenverdiener, die ohne weiteres auf ein Monatsgehalt verzichten können, bleiben natürlich verschont.

Das Risiko tragen wie immer die Normalverdiener, egal ob es um den Lohn oder den Arbeitsplatz geht.

In der bürgerlichen Presse wird so getan, als ob die Banken das Hauptopfer im AEG-Vergleich bringen würden, dabei scheffeln sie nur das Geld von einer Tasche in die andere. Die Banken halten derzeit 56% der AEG-Aktien in ihrem Besitz. Stellt man die ausgewiesenen Verluste den Zinseinnahmen und Verlustabschreibungen (Steuerminderungen) gegenüber, haben die Banken von 1974 bis heute (einschließlich des Forderungsverzichts durch den Vergleich) ein Plus von 1,7 Mrd. DM gemacht.

Wenn es den Banken gelingt, ihr Sanierungskonzept durchzusetzen und nur noch die profitablen Bereiche übrigbleiben, dann werden sie in Zukunft noch höhere Profite aus dem Elektrokonzern ziehen. Die einzigen, die endgültig auf der Strecke bleiben, werden Tausende von Arbeitern sein, die keinen Arbeitsplatz mehr finden.

So weit darf es nicht kommen!

Die Gewerkschaften müssen jeden Arbeitsplatz verteidigen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß sich Banken und Unternehmer auf Kosten der Existenzgrundlage der arbeitenden Bevölkerung sanieren - und noch dazu mit Unterstützung öffentlicher Gelder. Wenn die Unternehmer und ihre Manager nicht fähig sind, die Wirtschaft weiter zu entwickeln und der arbeitenden Klasse keinen sicheren Lebensstandard garantieren, dann müssen sie entlassen werden und nicht die Arbeiter. Die Antwort auf das Pokerspiel der Bankiers und Industriebosse kann nur heißen:

- *Keine Subventionen, sondern Verstaatlichung der Elektrokonzerne und Banken
- *demokratische Arbeiterkontrolle und Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates

*Erarbeitung eines Planes für diese Branche mit dem Ziel der vernünftigen Nutzung der Kapazitäten, entsprechend den Bedürfnissen der Arbeiter und der Verbraucher, z.B. durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich!

Ursel Beck, Jusos Stuttgart

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren...

und habe 7,- DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öfinger, PschA Essen Nr. 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 59 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75